

Budget 2024 mit Integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2025–2027

Beilage 3: Übersicht Stellenbegehren

Stellenbezeichnung	Techn. Sachbearbeiter/in 3 GEVER	Kaufm. Sachbearbeiter/in 3 NEST
Verwaltungseinheit	Staatskanzlei / Fachstelle Digitale Verwaltung (FS DV)	DFG / Steuern / Abteilung Administration & Entwicklung
Kostenstelle	14100	20300
Personalsituation der Verwaltungseinheit:	Stellenprozente: 880 % Anzahl Mitarbeiter: 9	Stellenprozente: 1100 % (inkl. 100% befristet bis 02/2026) Anzahl Mitarbeiter: 12
Lohnkosten (KA 3010.00)	Rechnung 2022: 1'062'091 Fr. Budget 2023: 1'061'000 Fr.	Rechnung 2022: 1'053'623 Fr. Budget 2023: 1'167'000 Fr.
Aufgaben der Verwaltungseinheit	• Koordinierte Umsetzung E-Government-Strategie; • Vertretung des Kantons (inkl. Gemeinden) im Bereich E-Government in interkantonalen und nationalen Gremien; • Koordination und Prüfung Digitalisierungsvorhaben; • Leitung Informatik-Koordination; • Ansprechpartner für Digitalisierung von BehördenDL; • Betreuung und Weiterentwicklung CMI GEVER.	• Sekretariat Steuern • Empfang • Steuerbezug • Inkasso • NEST
Erläuterungen zum Stellenbedarf	Die Geschäftsverwaltungslösung CMI GEVER (CMI) ist die zentrale SW für die Verwaltung von Geschäften bei Kt und Gemeinden. Durch die Zusammenarbeit mit den Gemeinden wird die Verwaltung und Abwicklung von Geschäftsprozessen in CMI stetig vereinheitlicht und es werden weitere Prozesse in CMI überführt. Die FS DV programmiert und führt kundenspezifische Weiterentwicklungen selbständig in CMI ein. Dies führt zu stetig grösserem Arbeitsvolumen, welches durch die FS DV getragen wird. Der Arbeitsaufwand für die Applikationsbetreuung beträgt aktuell 70 Stellenprozenten. Die FS	• Im Rahmen der Digitalisierung werden Prozesse neu digital ausgeführt. Dadurch ist die Arbeitslast im Bereich Informatik massiv gestiegen. • Die Anzahl an den zu wartenden Schnittstellen und Applikationen steigt. Eine interne Analyse zeigt einen Bedarf an reinen Informatikressourcen von über 400 Stellenprozent (aktueller Stand 280%). • Beispiel Online-Steuererklärung eTax.GL: Die digitale Eingabe liefert qualitativ bessere Daten, aber die reine Veranlagungstätigkeit bleibt grundsätzlich dieselbe. Die notwendige Wartung der Software und die

Stellenbezeichnung	Techn. Sachbearbeiter/in 3 GEVER	Kaufm. Sachbearbeiter/in 3 NEST
	DV benötigt mehr Ressourcen, um die Applikationsbetreuung von CMI weiterhin sicherzustellen und genügend Zeit für ihre Hauptaufgaben aufwenden zu können. So kann das Synergiepotential, welches aufgrund der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden vorhanden ist, besser genutzt und Kosten für Dienstleistungen, welche beim Hersteller der Geschäftsverwaltungslösung anfallen, eingespart werden.	Analyse einzelner Fehlermeldungen beansprucht hingegen mehr personelle Ressourcen im Informatikbereich. Weitere Beispiele sind das digitale Archiv, die Wertschriftenbewertung BVTax, NFA, Sedex-Meldungen, eSchKG 2.0, Behördenportal, Scancenter etc.
Aufgaben/ Kompetenzen	• Betreuung der Geschäftsverwaltungslösung (CMI) • Umsetzung von kundenspezifischen Anforderungen • Unterstützung der Fachstelle bei Massnahmen im Rahmen der digitalen Transformation • Leitung von Projekten im Fachbereich • Analyse und Dokumentation von Prozessen, inkl. deren Weiterentwicklung • Testing und Installation von Updates und Releases • Unterstützung und Schulung der Benutzenden	• Technische Betreuung diverser Applikationen • Technische Ansprechperson bei Projekten • Mitarbeit in Digitalisierungsprojekten • Optimierung von IT-Prozessen • 2nd Level Support bei internen und externen Anfragen • Testen von Applikationsweiterentwicklungen • Mitarbeit in diversen Fachgruppen
Fachliche Anforderungen	• Informatiker/in EFZ mit Weiterbildung Wirtschaftsinformatik und Erfahrung in Applikationsbetreuung • Kenntnisse in Daten- und Dokumentenmanagement	• Ausbildung Informatiker/Wirtschaftsinformatiker/in und/oder Arbeitserfahrung im Fachbereich • Erfahrung Kundensupport, Projekt- und Prozessmgt
Arbeitspensum	50 %	100 %
Dauer	Unbefristet ab 01/2024	Befristet von 04/2024 bis 12/2025
Lohnband	6	6
Lohnkosten	55'000 Fr.	2024: 81'000 Fr. / 2025: 108'000 Fr.
Grund für das Stellenbegehren	☐ neue Aufgabe (Bund) ☐ neue Aufgabe (neue Gesetze/Verordnungen) ☐ Stelle finanziert sich selber (Erträge) / führt zu Einsparungen ☒ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☐ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen	☐ neue Aufgabe (Bund) ☐ neue Aufgabe (neue Gesetze/Verordnungen) ☐ Stelle finanziert sich selber (Erträge) / führt zu Einsparungen ☐ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☒ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☐ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen

Stellenbezeichnung	Kaufm. Fachspezialist/in 1 Inkasso	Kaufm. Fachspezialist/in 1
Verwaltungseinheit	DFG / Steuern / Abteilung Administration & Entwicklung	DFG / Abteilung Steuern / Natürliche Personen
Kostenstelle	20300	20310
Personalsituation der Verwaltungseinheit:	Stellenprozente: 1100 % (inkl. 100% befristet bis 02/2026) Anzahl Mitarbeiter: 12	Stellenprozente: 1190 % (inkl. 100% befristet bis 12/2024) Anzahl Mitarbeiter: 13
Lohnkosten (KA 3010.00)	Rechnung 2022: 1'053'623 Fr. Budget 2023: 1'167'000 Fr.	Rechnung 2022: 1'125'252 Fr. Budget 2023: 1'118'000 Fr.
Aufgaben der Verwaltungseinheit	• Sekretariat Steuern • Empfang • Steuerbezug • Inkasso • NEST	• Einschätzung natürliche Personen
Erläuterungen zum Stellenbedarf	• Aktuell kann aufgrund fehlender personeller Ressourcen weder das Betreibungs- noch das Verlustscheinwesen aktiv betrieben werden • Für eine aktive Bewirtschaftung initial für ein Jahr ist ein Pensum von 80 Stellenprozent notwendig • Aufgrund der Mehreinnahmen aus der Verlustscheinbewirtschaftung würde sich die Stelle von selbst finanzieren (2015 und 2016 Einnahmen von rund 250'000 Fr.) • Insgesamt sind über 10'000 Verlustscheine mit einem Gesamtbetrag von rund 6'500'000 Franken offen	Mit Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Revision der Quellenbesteuerung des Erwerbseinkommens am 01.01.2021 steht die nachträgliche ordentliche Veranlagung (NOV) einem grösseren Kreis von Quellensteuerpflichtigen offen. Die kantonale Umsetzung wurde an der Landsgemeinde vom 05.09.2021 beschlossen (siehe Memorial für die Landsgemeinde 2021, ab Seite 78). Der Landrat hat am 05.02.2020 eine befristete Stelle für die Jahre 2021-2024 genehmigt. Per Ende 2022 zählt der Kanton Glarus rund 3'700 quellensteuerpflichtige Personen. Davon haben seit dem 01.01.2021 rund 900 Quellensteuerpflichtige von der NOV Gebrauch gemacht – Tendenz weiter steigend. Bei den NOV-Fällen handelt es sich um komplexe Steuerangaben mit sehr hohem Abklärungs-Aufwand.

Stellenbezeichnung	Kaufm. Fachspezialist/in 1 Inkasso	Kaufm. Fachspezialist/in 1
Aufgaben/ Kompetenzen	• Bearbeitung Betreibungsunterlagen inklusive Gerichtsunterlagen • Monatlicher Verarbeitungslauf • Monatlicher Batchlauf der Betreibungen und Fortsetzungsbegehren • Monatliches Führen der Gerichts- und Inkassoverfahren • Unterstützung im Tagesgeschäft	Einschätzung natürliche Personen, insbesondere NOV-Fälle mit allen Zusatzaufgaben (Buchprüfungen, steuerliche Vorabklärungen, Rechtsmittelverfahren etc.)
Anforderungsprofil	• Kaufmännische Grundausbildung im Inkasso-Umfeld • Zahlenflair, Belastbarkeit und Durchsetzungsvermögen	• Kaufmännische Grundausbildung • Erfahrungen im Steuerrecht
Arbeitspensum	80 %	100 %
Dauer	Befristet von 04/2024 bis 12/2025	Verlängerung bis 12/2026 (bis 12/2024 bereits bewilligt)
Lohnband	7	7
Lohnkosten	2024: 57'600 Fr. / 2025: 76'800 Fr	2025/2026: 103'400 Fr.
Grund für das Stellenbegehren	☐ neue Aufgabe (Bund) ☐ neue Aufgabe (neue Gesetze/Verordnungen) ☒ Stelle finanziert sich selber (Erträge) / führt zu Einsparungen ☐ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☐ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen	☒ neue Aufgabe (Bund) ☐ neue Aufgabe (neue Gesetze/Verordnungen) ☐ Stelle finanziert sich selber (Erträge) / führt zu Einsparungen ☐ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☒ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen

Stellenbezeichnung	Steuerrevisor/in	Bauberater/in Denkmalpflege
Verwaltungseinheit	DFG / Steuern / Abteilung Juristische Personen (ab 2024 inkl. Verrechnungssteuer)	DBK / Kultur / Fachstelle Denkmalpflege und Ortsbildschutz (FDO)
Kostenstelle	20320	30802
Personalsituation der Verwaltungseinheit:	Stellenprozente: 300 % Anzahl Mitarbeiter: 3 (ohne MA Verrechnungssteuer)	Stellenprozente: 90 % Anzahl Mitarbeiter: 2
Lohnkosten (KA 3010.00)	Rechnung 2022: 331'958 Fr. Budget 2023: 360'000 Fr.	Rechnung 2022: 134'481 Fr. Budget 2023: 115'000 Fr.
Aufgaben der Verwaltungseinheit	Einschätzung juristische Personen	- Beurteilung von Baugesuchen (BG) an Schutz- und Inventarobjekten, in schützenswerten Ortsbildern von nationaler Bedeutung und ausserhalb Bauzonen; - Bauberatung und -begleitung. - Budgetierung Beiträge Bund und Kanton; - Begleitung von baugeschichtlichen Untersuchungen; - Mitarbeit bei Ortsplanungen und Überbauungsplänen; - Mitwirkung und Stellungnahmen zu Raum-, Nutzungs- und Bauplanungen; - Teilnahme an Jürs, Betreuung GIS-Portal.
Erläuterungen zum Stellenbedarf	Seit dem Jahr 2015 ist die Anzahl juristischer Personen im Kanton Glarus von 2'550 auf rund 3'050 per Ende 2022 gestiegen – Tendenz weiter steigend. Im interkantonalen Vergleich mit den Bodenseekantonen wären auch bei 2'550 Steuerpflichtigen die 300 Stellenprozent sehr tief. AI berechnet 575 juristische Personen pro Vollzeit-Arbeitsstelle. Für die reine Veranlagungstätigkeit inkl. Wertschriftenbewertung ist aktuell ein zusätzliches Pensum von 60 Prozent notwendig. Ein/e zusätzliche/r Steuerrevisor/in kompensiert sein/ihr Jahresgehalt durch die entsprechenden steuerlichen Korrekturen, bzw. Aufrechnungen. Voraussichtlich wird die OECD-Mindeststeuer per 01.01.2024 (rückwirkend für die Steuerperiode 2023) eingeführt. Diese ist von den Kantonen umzusetzen und	- Das Tagesgeschäft ist nicht mehr zu bewältigen. 66% mehr zu bearbeitende BG in den letzten 10 Jahren. - Die langen Bearbeitungszeiten für BG sind häufig durch Kapazitätsengpässe der FDO begründet; - Nicht-Einhaltung von Fristen, Verschiebung von Beratungen, Wartefristen bis 3 Wochen. - Bearbeitungs- und Bauverzögerungen bei Beitragsobjekten. - Kapazitätsaufstockung in anderen Kantonen, Glarus ist die kleinste Fachstelle. - Kapazitätslücke von 155 Stellenprozent. Nicht wahrgenommen werden können: Beratung, Ausführung und Baukontrolle bei Beitragsgeschäften, verzöge-

Stellenbezeichnung	Steuerrevisor/in	Bauberater/in Denkmalpflege
	erfordert diverse Sitzungen in Bern. Der Knowhow-Aufbau im Bereich der internationalen Rechnungslegung inklusive die Umsetzung in der Steuersoftware NEST erfordern zusätzliche personelle Ressourcen von mindestens 20 Prozent. Die Einführung der Online-Steuererklärung für juristische Personen erfordert zusätzlich rund 50 Stellenprozent während eines Zeitraums von einem Jahr.	rungsfreie Bearbeitung von Beitragsgesuchen, Dokumentation gegenüber Bund, Aktualisierung des Inventars, Spezialinventare, zeitgerechte Beratung/Beurteilung der Nutzungsplanungen, Objektdokumentation, Datenbankpflege, Web-Publikation, Georeferenzierung GIS Portal, Öffentlichkeitsarbeit. • DL-Gedanke und Aufgaben von strategischer Bedeutung mit dem Ziel: von reaktiver hin zu aktiver Bauberatung werden nicht wahrgenommen. • Zunahme der Aufforderungen zu Stellungnahmen/Augenscheinen bei Rechtsmittelverfahren. • Legislaturziel 11: Bauen im Bestand ist komplex und wird mit der Reduktion von Bauzonen zunehmen
Aufgaben/ Kompetenzen	Einschätzung juristische Personen mit allen Zusatzaufgaben (Buchprüfungen, steuerliche Vorabklärungen, Wertschriftenbewertung, Rechtsmittelverfahren etc.)	• siehe Aufgaben der Verwaltungseinheit
Anforderungsprofil	• Höhere Fachschule mit Fachausweis • Erfahrungen im Unternehmenssteuerrecht.	• Architekturstudium (ETH oder vergleichbar); • Praktische Bauerfahrung mit Denkmalobjekten und in geschützten Ortsbildern
Arbeitspensum	70 %	100 %
Dauer	ab 04/2024: 20% unbefristet und 50% befristet bis 12/2025	ab 01/2024 50% unbefristet und 50% befristet bis 12/2025
Lohnband	8	9
Lohnkosten	2024: 56'700 Fr. / 2025: 75'600 Fr. / ab 2026: 21'600 Fr.	2024/2025: 132'000 Fr. / ab 2026: 66'000 Fr.
Grund für das Stellenbegehren	☒ neue Aufgabe (Bund) ☐ neue Aufgabe (neue Gesetzte/Verordnungen) ☒ Stelle finanziert sich selber (Erträge) / führt zu Einsparungen ☐ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☒ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen	☐ neue Aufgabe (Bund) ☐ neue Aufgabe (neue Gesetzte/Verordnungen) ☒ Stelle finanziert sich selber (Erträge) / führt zu Einsparungen ☒ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☒ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☒ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen

Stellenbezeichnung	Techn. Fachspezialist/in 4 Raumplanung	Techn. Fachspezialist/in 4 Portfolio
Verwaltungseinheit	DBU / Hochbau / Abteilung Raumentwicklung und Geoinformation (ARG)	DBU / Hochbau / Fachstelle Hochbauten
Kostenstelle	40100	40100
Personalsituation der Verwaltungseinheit:	Stellenprozente: 470 % Anzahl Mitarbeiter: 7 (inkl. MA Hauptabteilung)	Stellenprozente: 470 % Anzahl Mitarbeiter: 7 (inkl. MA Hauptabteilung)
Lohnkosten (KA 3010.00)	Rechnung 2022: 384'700 Fr. Budget 2023: 570'000 Fr.	Rechnung 2022: 384'700 Fr. Budget 2023: 570'000 Fr.
Aufgaben der Verwaltungseinheit	Die ARG ist zuständig für Raumplanung, Koordination von Baugesuchen innerhalb der Kant. Verwaltung, Geoinformation, Vermessung.	Die Fachstelle Hochbauten ist zuständig für Bau, Unterhalt und Sanierung sämtlicher kantonaler Hochbauten und Anlagen.
Erläuterungen zum Stellenbedarf	ARG kann mit dem heutigen Personalbestand das angezielte Leistungsbild nicht abdecken. Nachfolgende können wegen Ressourcenengpässes nicht erbracht werden: • Überarbeitung Richtplans und Abarbeitung Auflagen • Etablierung Prozess Arbeitszonenmanagement, Abstimmung mit der Wirtschaftsförderung • Begleitung div. Spezialprojekte und -themen im Bereich Raumplanung auf kantonaler Stufe • Begleitung und Prüfung der Nutzungspläne • Begleitung und Prüfung Sondernutzungspläne; die Sondernutzungspläne werden zunehmen. • Beratung und Unterstützung der Gemeinden. Mehrbedarf kurzfristig 325 Stellenprozente (Vakanzen, mehr Baugesuche, dringende raumplanerischer Aufgaben), langfristig 130 Stellenprozente Viele Arbeiten sind Pendenzen der Vorjahre. Verschieden Aufgaben könnten mittels Budget extern vergeben werden. Die Projektleitung, die Koordination, die Entscheidungsfindungen, die Leitung von Formellen verfahren, die Vertretung des Projekts gegen aussen etc. muss durch eine Person in der ARG gewährleistet werden.	Die vom RR verabschiedete Immobilienstrategie kann aufgrund eines fehlenden Portfoliomanagements (PM) nicht umgesetzt werden. Ergebnisse aus diesen Bereichen werden seitens der Politik laufend gefordert. Das Portfoliomanagement umfasst: Definition von Standards, Ermittlung Flächenbedarf, Zustandsanalyse, strategisches Flächenmanagement, Entwicklung von Objektstrategien, Mehrjahres- und Investitionsplanung der Immobilien, Budgetierung der Immobilien, Immobilien-Reporting, Energiecontrolling / Betriebsoptimierung, Grundbuchrechtlicher Geschäfte, Anmiete/Vermietung/Kauf/Verkauf. Mit dem aktuellen Mitarbeiterbestand kann das Tagesgeschäft (Unterhalt, kleinere Investitionsprojekte, Betrieb- und Instandhaltung) zur Zufriedenheit der Nutzer/-innen und zur Gewährleistung der Gebrauchstauglichkeit und der Sicherheit der Gebäude abgewickelt werden. Für die Umsetzung des zukünftigen Leistungsbilds ist der Personalbestand zu gering (Mehrbedarf ca. 60 Stellenprozente).

Stellenbezeichnung	Techn. Fachspezialist/in 4 Raumplanung	Techn. Fachspezialist/in 4 Portfolio
Aufgaben/ Kompetenzen	• Projektleitung und -mitarbeit im Bereich Raumentwicklung und Richtplanung • Weiterentwicklung und Änderung des kantonalen Richtplans • Begleitung und Beratung der Gemeinden in Fragen der Richt- und Nutzungs- und Sondernutzungsplanung sowie deren Genehmigung • Bewirtschaftung Arbeitszonenmanagement und Ansprechperson Raum + • Verfassen von Fachstellungnahmen und Mitberichten	• Ermittlung Raumbedarf • Erarbeitung von Lösungsstrategien zur Umsetzung des Raumbedarfs • Erarbeitung von langfristigen Entwicklungsvorhaben / -szenarien • Investitionsplanung • Führung von komplexen Bauprojekten • Kenntnisse in der Immobilienbewirtschaftung
Anforderungsprofil	• Universitäts- oder Hochschulabschluss in Raumplanung, Architektur, Städtebau, Geografie • Berufserfahrung in räumlicher Entwicklung	• Hochschulabschluss im Bereich Architektur/Bauwesen oder Ökonomie • Weiterbildung: z.B. MAS in Real Estate
Arbeitspensum	100 %	20 % (plus 40 % aus Liegenschaftsverwaltung = 60 %)
Dauer	Unbefristet ab 07/2024	Unbefristet ab 01/2024
Lohnband	10	10
Lohnkosten	2024: 72'000 Fr. / ab 2025: 144'000 Fr.	28'900 Fr.
Grund für das Stellenbegehren	☒ neue Aufgabe (Bund) ☒ neue Aufgabe (neue Gesetzte/Verordnungen) ☐ Stelle finanziert sich selber (Erträge) / führt zu Einsparungen ☒ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☒ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen	☐ neue Aufgabe (Bund) ☐ neue Aufgabe (neue Gesetzte/Verordnungen) ☐ Stelle finanziert sich selber (Erträge) / führt zu Einsparungen ☐ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☐ politische Relevanz/Aktualität ☐ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen

Stellenbezeichnung	Ingenieur/in 2 Projektleitung	Techn. Fachspezialist/in 3 Bodenschutz
Verwaltungseinheit	DBU / Mobilität & Tiefbau / Abteilung Tiefbau	DBU / Umwelt, Wald und Energie / Abteilung U&E
Kostenstelle	40210	40300
Personalsituation der Verwaltungseinheit:	Stellenprozente: 880 % Anzahl Mitarbeiter: 10 (inkl. MA Hauptabteilung)	Stellenprozente: 910 % Anzahl Mitarbeiter: 13 (inkl. MA Hauptabteilung)
Lohnkosten (KA 3010.00)	Rechnung 2022: 985'192 Fr. Budget 2023: 1'087'000 Fr.	Rechnung 2022: 923'389 Fr. Budget 2023: 1'020'000 Fr.
Aufgaben der Verwaltungseinheit	• Bau, Betrieb und Unterhalt Kantonsstrassen • FS Öffentlicher Verkehr • FS Wasserbau • FS Wanderwege • Bau, Betrieb, Unterhalt kantonale Radrouten	Vollzug gemäss USG, GSchG, EnG
Erläuterungen zum Stellenbedarf	Die landrätliche Kommission Bau, Raumplanung und Verkehr beauftragte den Regierungsrat die Verbindungsstrasse Leimen-Holenstein in das Strassenbauprogramm 2024 aufzunehmen, 2024 für den Planungsstart zu sorgen und die dafür benötigten finanziellen und personellen Mittel vorzusehen. Bei der Verbindungsstrasse Leimen-Holenstein handelt es sich um ein bedeutendes Grossprojekt mit entsprechenden Arbeits- und Koordinationsaufwand. Die gleichzeitige Bearbeitung der neuen Aufgabe mit den laufenden Grossprojekten (Querspange, Ausbau Netstalerstrasse) und den jährlich notwendigen Strassenbauvorhaben ist mit den bereits bestehenden personellen Ressourcen nicht zu bewältigen. Die Anforderungen der Anspruchsgruppen an die Projekte haben in den letzten Jahren sowohl quantitativ wie auch qualitativ stetig zugenommen. Um die Qualität und die Aufgabenerfüllung aufrechtzuerhalten zu können, ist das Pensum zu erhöhen.	Mit dem aktuellen Stellenetat von 200 Stellenprozenten ist es nicht möglich, alle Aufgaben (inkl. neuer) im Fachbereich technischer Umweltschutz zu erledigen: Industrie und Gewerbe, Abfall / Chemie, Störfallvorsorge, Öl- und Chemiewehr, Bodenschutz, Altlasten, Lärmschutz, Luftreinhaltung, Korrosionsschutz, Licht im Aussenraum, Radon, Mobilfunk, NIS. Beurteilung von Baugesuchen und Beratung von Privaten sowie von öffentlichen Institutionen ist komplexer. Bauarbeiten für das ESAF 2025 Glarnerland+: Baubegleitung bez. Bodenschutz. Mit der Änderung des USG ist die Sanierung von belasteten Standorten voranzutreiben. Der Bund wird Voruntersuchungen bis 2028 und Sanierungen bis 2040 abgelden, der Kanton Glarus kann für die fristgerechte Beurteilung der Sanierungsmassnahmen Pauschalabgeltungen von 250'000 Franken beantragen. Mit diesen Bundesgeldern ist der zusätzliche Stellenetat fremdfinanziert. Für laufende Sanierungen können bei fristgerechtem Abschluss der Voruntersuchung 3'000 Franken und für die fristgerechte Umsetzung der Sanierungsmassnahmen 10'000 Franken beantragt werden. Es gibt

Stellenbezeichnung	Ingenieur/in 2 Projektleitung	Techn. Fachspezialist/in 3 Bodenschutz
		keine Ressourcen, um diese Projekte aufzubereiten und die Bundesgelder einzufordern. Risiko von Staatshaf-tungen bei Nichtausführung von gesetzlich vorgeschrie-benen Aufträge. Nachfolgelösung für Deponie Ardega ist zu suchen. Beim Bodenschutz und Altlasten stehen diverse Arbeiten und Projekte derzeit still: Untersuchung und Sanierung öffentlicher Kinderspielplätze und Grün-flächen, Aufbereitung Daten zu Bodenerhebungen und -untersuchungen, Überführung ins NABODAT, Überprü-fung und Überarbeitung Kataster der belasteten Stand-orte (KbS), Mitarbeiten bei Bodenkartierung Glarus Süd und im Projekt Entwicklungsplanung Ressource Boden, Aufbau eines Bodenmessnetzes (Bodenfeuchte)
Aufgaben/ Kompetenzen	Projekt- und Oberbauleitung bei Anpassungen oder Neubau von Verkehrsanlagen	Betreuung der Fachstelle Bodenschutz, Deponie und Altlasten
Anforderungsprofil	• Hochschulabschluss • Bauingenieur/-in mit mehrjähriger Berufserfahrung	• Naturwissenschaftliche Hochschul- oder Fachhoch-schulausbildung • Kenntnisse in Bereich Umweltschutz
Arbeitspensum	100 %	60 %
Dauer	Unbefristet ab 07/2024	Unbefristet ab 01/2024
Lohnband	10	9
Lohnkosten	2024: 75'000 Fr. / ab 01/2025: 150'000 Fr.	72'000 Fr.
Grund für das Stellenbegehren	☐ neue Aufgabe (Bund) ☐ neue Aufgabe (neue Gesetzte/Verordnungen) ☐ Stelle finanziert sich selber (Erträge) / führt zu Ein-sparungen ☐ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☒ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen	☐ neue Aufgabe (Bund) ☒ neue Aufgabe (neue Gesetzte/Verordnungen) ☐ Stelle finanziert sich selber (Erträge) / führt zu Ein-sparungen ☐ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☐ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen

Stellenbezeichnung	Fachstellenleitung Häusliche Gewalt	Kaufm. Sachbearbeiter/in 2 Häusliche Gewalt
Verwaltungseinheit	DVI / Departementssekretariat	DVI / Departementssekretariat
Kostenstelle	50100	50100
Personalsituation der Verwaltungseinheit:	Stellenprozente: 410 % Anzahl Mitarbeiter: 6 (inkl. MA Hauptabteilung)	Stellenprozente: 410 % Anzahl Mitarbeiter: 6 (inkl. MA Hauptabteilung)
Lohnkosten (KA 3010.00)	Rechnung 2022: 518'180 Fr. Budget 2023: 525'000 Fr.	Rechnung 2022: 518'180 Fr. Budget 2023: 525'000 Fr.
Aufgaben der Verwaltungseinheit	Aufgabe ergibt sich aufgrund der Umsetzung der Istanbul-Konvention	
Erläuterungen zum Stellenbedarf	Neue Aufgabe und Stelle im Zusammenhang mit der Umsetzung der Istanbul-Konvention nach Abschluss der einjährigen Aufbau- und Pilotphase (vgl. Bericht an RR [folgt]). Der Stellenbedarf beläuft sich gemäss Einschätzung aus der Pilotphase auf 40 Prozent. Die für die Stelle gewonnene vormalige Projektleiterin konnte indes nur zu 20 Prozent angestellt werden aufgrund ihrer 80-prozentigen Tätigkeit in derselben Position für den Kanton St. Gallen. Diese schlanke und kostengünstige Lösung ist mit der vormaligen Projektleiterin und der damit einhergehenden Zusammenarbeit mit dem Kanton St. Gallen verknüpft. Aufgrund des stark limitierten Pensums müssen indes div. operative Belange anderweitig erledigt werden. Deshalb wurden die 20 Stellenprozente auf eine administrative MA im Dep.-sekretariat übertragen, welche die Fachstellenleitung in der Erfüllung der Aufgaben unterstützt.	
Aufgaben/ Kompetenzen	• Sicherstellung der Rahmenbedingungen zur Umsetzung der Istanbul-Konvention im Kanton Glarus • Schnittstelle für umfassendes koordiniertes Vorgehen im Bereich häusliche Gewalt und Gewaltprävention • Ausarbeitung eines kantonalen Aktionsplans zuhanden der Regierung • Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit in den genannten Bereichen Entwicklung und Pflege der interinstitutionellen Zusammenarbeit	
Anforderungsprofil	• Hochschulabschluss, vorzugsweise in Sozialwissenschaften • Fundierte Kenntnisse im Themenfeld Gewaltprävention, Gewaltschutz und Gleichstellungsfragen	• Kaufmännische Ausbildung
Arbeitspensum	20 %	20 %
Dauer	Befristet von 01/2024 bis 03/2025	Befristet von 01/2024 bis 03/2025
Lohnband	10	5
Lohnkosten	2024: 28'700 Fr. / 2025: 7'200 Fr.	2024: 18'700 Fr. / 2025: 4'700 Fr.

<i>Stellenbezeichnung</i>	<i>Fachstellenleitung Häusliche Gewalt</i>	<i>Kaufm. Sachbearbeiter/in 2 Häusliche Gewalt</i>
Grund für das Stellenbegehren	☒ neue Aufgabe (Bund) ☒ neue Aufgabe (neue Gesetze/Verordnungen) ☐ Stelle finanziert sich selber (Erträge) / führt zu Einsparungen ☐ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☒ politische Relevanz/Aktualität ☐ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen	☒ neue Aufgabe (Bund) ☒ neue Aufgabe (neue Gesetze/Verordnungen) ☐ Stelle finanziert sich selber (Erträge) / führt zu Einsparungen ☐ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☒ politische Relevanz/Aktualität ☐ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen

Stellenbezeichnung	Kaufm. Sachbearbeiter/in 1 Stiftungsaufsicht	Sozialarbeiter/in Sozialhilfe
Verwaltungseinheit	DVI / Wirtschaft und Arbeit / Fachstelle Handelsregister	DVI / Soziales / Soziale Dienste / Fachstelle Existenzsicherung
Kostenstelle	50250	5042
Personalsituation der Verwaltungseinheit:	Stellenprozente: 200 % Anzahl Mitarbeiter: 3	Stellenprozente: 2590 % (inkl. 70% befristet bis 12/2023 und 80% befristet bis 12/2025) Anzahl Mitarbeiter: 36
Lohnkosten (KA 3010.00)	Rechnung 2022: 219'953 Fr. Budget 2023: 237'000 Fr.	Rechnung 2022: 2'545'249 Fr. Budget 2023: 2'624'000 Fr.
Aufgaben der Verwaltungseinheit	Aufsicht über klassische Stiftungen	Wirtschaftliche und persönliche Sozialhilfe
Erläuterungen zum Stellenbedarf	Stiftungsaufsicht wurde per 01.04.2022 an die Fachstelle Handelsregister gem. RRB § 167 übertragen.	Die Fälle sind mit den derzeit zur Verfügung stehenden Stellenprozente nur noch knapp zu bewältigen. Gleichzeitig steigen die Fallzahlen stark. Es sind mehr Flüchtlinge in der wirtschaftlichen Sozialhilfe zu erwarten aufgrund steigender Flüchtlingszahlen. Was mit den Geflüchteten aus der Ukraine geschehen wird, nachdem der Schutzstatus S abläuft, ist derzeit noch nicht klar. Es ist ein Gebot der Vernunft, bei dieser Ausgangslage auf einen Stellenabbau zu verzichten, was der Fall wäre, wenn die Stellenprozente in der WSH nicht verlängert würden. Von den zur Verfügung stehenden Stellenprozente sind 50% befristet und laufen am 31. Dezember 2023 aus. Bei den Sozialen Diensten stehen zudem weitere Pensionierungen von Leistungsträgerinnen bevor. Damit die Sozialhilfe auch in Zukunft ihre Leistungen wirtschaftlich erbringen kann, sind die personellen Ressourcen weiterhin zur Verfügung zu stellen.
Aufgaben/ Kompetenzen	• Beaufsichtigung von sämtlichen klassischen Stiftungen (jährliche Berichterstattung; Einsicht in die Berichte Revisionsstelle, etc.) • juristische Beratungen des Publikums in Fragen des Stiftungsrechtes, Stiftungsaufsichtsrechtes usw.	• Beratung und Begleitung von Erwachsenen in materiellen, finanziellen und persönlichen Themen zur beruflichen und sozialen Integration, professionelle Einzelfallhilfe

Stellenbezeichnung	Kaufm. Sachbearbeiter/in 1 Stiftungsaufsicht	Sozialarbeiter/in Sozialhilfe
		• Operative Verantwortung für die umfassende Falldokumentation nach KLIB, Statistik • Zusammenarbeitsvertrag mit individuellen Zielvereinbarungen, Evaluation, Besprechungsdokumentationen, Korrespondenzen usw. • Koordination der verschiedenen Hilfsangebote mit anderen Institutionen • Verfassen von Weisungen, Verfügungen und Berichten und Ausrichtung von Sozialhilfe • Zusammenarbeit mit Dritten: privaten und öffentlichen Institutionen.
Anforderungsprofil	• Kaufmännische Ausbildung	• Studium in Sozialer Arbeit FH oder BSc • Erfahrung in gesetzlicher Sozialarbeit und Sozialversicherungsrecht
Arbeitspensum	30 %	50 %
Dauer	Unbefristet ab 01/2024	Verlängerung bis 12/2026 (bis 12/2023 bereits bewilligt)
Lohnband	4	10
Lohnkosten	30'600 Fr.	63'000 Fr.
Grund für das Stellenbegehren	☒ neue Aufgabe (Bund) ☒ neue Aufgabe (neue Gesetzte/Verordnungen) ☐ Stelle finanziert sich selber (Erträge) / führt zu Einsparungen ☐ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☐ politische Relevanz/Aktualität ☐ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen	☐ neue Aufgabe (Bund) ☐ neue Aufgabe (neue Gesetzte/Verordnungen) ☒ Stelle finanziert sich selber (Erträge) / führt zu Einsparungen ☐ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☒ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☒ politische Relevanz/Aktualität ☐ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen

Stellenbezeichnung	Kaufm. Sachbearbeiter/in 2 Kanzlei	Staatsanwalt/anwältin
Verwaltungseinheit	DSJ / Staats- und Jugendanwaltschaft	DSJ / Staats- und Jugendanwaltschaft
Kostenstelle	60400	60400
Personalsituation der Verwaltungseinheit:	Stellenprozente: 1100 % (inkl. 100% befristet bis 01/2024 und 50% befristet bis 12/2025) Anzahl Mitarbeiter: 13	Stellenprozente: 1100 % (inkl. 100% befristet bis 01/2024 und 50% befristet bis 12/2025) Anzahl Mitarbeiter: 13
Lohnkosten (KA 3010.00)	Rechnung 2022: 1'623'782 Fr. Budget 2023: 1'669'000 Fr.	Rechnung 2022: 1'623'782 Fr. Budget 2023: 1'669'000 Fr.
Aufgaben der Verwaltungseinheit	Erwachsenenstraßverfolgung, Jugendstraßverfolgung und -vollzug, Rechtshilfe in Strafsachen	Erwachsenenstraßverfolgung, Jugendstraßverfolgung und -vollzug, Rechtshilfe in Strafsachen
Erläuterungen zum Stellenbedarf	Es wird auf den separaten Bericht verwiesen, welcher bis Ende Juli 2023 vorliegt.	Es wird auf den separaten Bericht verwiesen, welcher bis Ende Juli 2023 vorliegt.
Aufgaben/ Kompetenzen	Allgemeine Sekretariatsarbeiten, Empfang und Telefonbetreuung (Erteilung von Auskünften), Korrespondenz führen, Geschäftserfassung und -abschlüsse inkl. Ausfertigung von Entscheiden, Prüfung Rechtskraft, Eintragung und Mutation hängiger Straßuntersuchungen im Straßregister etc.	Führen von Straßuntersuchungen gegen Erwachsene nach eidgenössischem und kantonalem Straßprozessrecht; Vertretung der Staatsanwaltschaft im Haupt- und Rechtsmittelverfahren; Leisten von Pikettdienst für die Staatsanwaltschaft inkl. Stellvertretung in Jugendstraßsachen
Anforderungsprofil	Abgeschlossene kaufmännische Lehre, vorzugsweise mit Berufserfahrung im kaufmännischen Bereich.	Abgeschlossenes juristisches Studium, evtl. Zusatzausbildung (CAS/MAS Forensics, Anwaltspatent; Berufserfahrung (Gerichts- und/oder Anwaltspraxis bzw. Erfahrung im Strafrecht)
Arbeitspensum	190 %	250 %
Dauer	Unbefristet ab 01/2024	Unbefristet ab 04/2024
Lohnband	5	12
Lohnkosten	148'200 Fr.	2024: 315'000 Fr. / ab 2025: 420'000 Fr.

<i>Stellenbezeichnung</i>	<i>Kaufm. Sachbearbeiter/in 2 Kanzlei</i>	<i>Staatsanwalt/anwältin</i>
Grund für das Stellenbegehren	☐ neue Aufgabe (Bund) ☒ neue Aufgabe (neue Gesetzte/Verordnungen) ☒ Stelle finanziert sich selber (Erträge) / führt zu Einsparungen ☒ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☐ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen	☐ neue Aufgabe (Bund) ☒ neue Aufgabe (neue Gesetzte/Verordnungen) ☒ Stelle finanziert sich selber (Erträge) / führt zu Einsparungen ☒ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☐ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen

Stellenbezeichnung	Kaufm. Sachbearbeiter/in 3	Pfändungsbeamte/in
Verwaltungseinheit (Dep./HA/Abt.)	DSJ / Justiz / Abteilung Migration und Passbüro	DSJ / Justiz / Abteilung Betreibungs- und Konkursamt (BKA)
Kostenstelle	60510	60700
Personalsituation der Verwaltungseinheit:	Stellenprozente: 665 % (inkl. 100% befristet bis 12/2025) Anzahl Mitarbeiter: 10	Stellenprozente: 830 % Anzahl Mitarbeiter: 11
Lohnkosten (KA 3010.00)	Rechnung 2022: 614'270 Fr. Budget 2023: 631'000 Fr.	Rechnung 2022: 777'887 Fr. Budget 2023: 757'000 Fr.
Aufgaben der Verwaltungseinheit	Zuständig für alle Bereiche im Ausländerrecht, Schweizer Ausweise und Ausweise für Ausländer.	Das Betreibungs- und Konkursamt ist für den Vollzug von Betreibungen und Konkursen im Kanton Glarus zuständig und verwirklicht damit die zwangsweise, staatliche Eintreibung von Geldforderungen im Interesse der Gläubiger
Erläuterungen zum Stellenbedarf	Weiterhin anhaltend hohe Aufwände in allen Bereichen der Abteilung, keine Entspannung in Sicht. Überzeit- und Feriensituation in der Abteilung teilweise akut, Schlüsselpersonen laufen auf einer (zu) hohen Pace. Parallel zur vom DSJ verordneten Analyse hinsichtlich des kurz- und mittelfristigen Handlungsbedarfs (6 Jahre) aufgrund der zu erwartenden Entwicklungen im relevanten Umfeld sind auch Sofortmassnahmen zu ergreifen. Das SEM entschädigte den Kanton Glarus bereits 2022 mit der Verwaltungskostenpauschale von Fr. 274'000.-. Für 2023 und 2024 wird die Verwaltungskostenpauschale entsprechend hoch ausfallen. Diese Mittel sind zweckgebunden einzusetzen – also für die personellen Aufwendungen der Abteilung.	Neue Aufgabe kraft Bundesrecht (KVG): Neu hat das BKA während der Dauer einer Einkommenspfändung den Arbeitgeber anzuweisen, ihm den Betrag für die Bezahlung der laufenden Prämien- und Kostenbeteiligungsforderungen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung zu überweisen, was einen erheblichen administrativen Mehraufwand bedeutet. Wegen der Änderung von Art. 43 SchKG droht eine grössere Konkurswelle. Neu sind die Konkursbehörden verpflichtet, bei Konkursdelikten zwingend Strafanzeige zu erstatten. Ohne Aufstockung im Pfändungs- und Konkursbereich wird das BKA den gesetzlichen Auftrag nicht mehr erfüllen können, mit allen rechtlichen Konsequenzen. Seit vielen Jahren erhöhen sich die Fallzahlen der Betreibungen und immer mehr Betreibungen müssen auf Pfändung fortgesetzt werden. Die Pfändungsvollzüge werden immer komplizierter. Jeder Pfändungsvollzug löst viele Abklärungen, Anzeigen und weitere Folge- und Kontrollarbeiten aus. Die Anzahl der Pfändungsvollzüge hat sich innert 20 Jahren von 3'248 im Jahr 2001 auf

Stellenbezeichnung	Kaufm. Sachbearbeiter/in 3	Pfändungsbeamte/in
		6'358 im Jahr 2021 verdoppelt. Bei diesem Massengeschäft fehlt die Zeit für notwendige Abklärungen bei den einzelnen Schuldnern. Die Behebung der Mängel bei der Einführung der neuen Betreibungssoftware B4 bzw. die notwendige Anpassung der internen Abläufe ist noch nicht abgeschlossen.
Aufgaben/ Kompetenzen	Sämtliche ausländerrechtliche Aufgaben in den Rechtsgebieten des AIG, FZA und AsylG inkl. Nothilfe für abgewiesene Asylbewerber. Springer Passbüro. Neuer Ausländerausweis für EU-/EFTA-Bürger. Meldeverfahren.	•
Anforderungsprofil	KV mit mehrjähriger Berufserfahrung, juristisches Grundwissen.	• Kaufmännische Ausbildung mit SCHKG Kenntnissen • Erfahrung auf einem Betreibungs- oder Konkursamt
Arbeitspensum	100 %	100 %
Dauer	Befristet von 01/2024 bis 12/2025	Unbefristet ab 01/2024
Lohnband	6	6
Lohnkosten	101'300 Fr.	104'400 Fr.
Grund für das Stellenbegehren	☒ neue Aufgabe (Bund) ☒ neue Aufgabe (neue Gesetzte/Verordnungen) ☒ Stelle finanziert sich selber (Erträge) / führt zu Einsparungen ☐ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☒ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen	☒ neue Aufgabe (Bund) ☒ neue Aufgabe (neue Gesetzte/Verordnungen) ☒ Stelle finanziert sich selber (Erträge) / führt zu Einsparungen ☒ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☒ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen

Stellenbezeichnung	Kaufm. Sachbearbeiter/in 2
Verwaltungseinheit (Dep./HA/Abt.)	DSJ / Justiz / Abteilung Betreibungs- und Konkursamt
Kostenstelle	60700
Personalsituation der Verwaltungseinheit:	Stellenprozente: 830 % Anzahl Mitarbeiter: 11
Lohnkosten (KA 3010.00)	Rechnung 2022: 777'887 Fr. Budget 2023: 757'000 Fr.
Aufgaben der Verwaltungseinheit	Das Betreibungs- und Konkursamt ist für den Vollzug von Betreibungen und Konkursen im Kanton Glarus zuständig und verwirklicht damit die zwangsweise, staatliche Eintreibung von Geldforderungen im Interesse der Gläubiger
Erläuterungen zum Stellenbedarf	Von der im März 2022 beschlossenen Änderungen des KVG ist auch das SchKG mitbetroffen. Bei der heutigen Gesetzeslage werden die Krankenkassenprämien bei der Bestimmung des betreibungsrechtlichen Existenzminimums des Schuldners mitberücksichtigt. Ob der Schuldner die Prämie tatsächlich bezahlt hat, ist allein seine Aufgabe. Neu hat das Betreibungsamt auf entsprechenden Antrag des Schuldners während der Dauer einer Einkommenspfändung den Arbeitgeber anzuweisen, ihm den Betrag für die Bezahlung der laufenden Prämien- und Kostenbeteiligungsforderungen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung zu überweisen, soweit diese Prämien und Kostenbeteiligungen zum Existenzminimum des Schuldners gehören. Das Amt hat damit die laufenden Prämien- und Kostenbeteiligungsforderungen direkt beim Versicherer zu begleichen (vgl. nArt. 93 Abs. 4 SchKG). Dies verursacht einen erheblichen administrativen Mehraufwand, muss doch die KVG-Prämie monatlich überwiesen werden. Wegen der Änderung von Art. 43 SchKG droht eine Konkurswelle grösseren Ausmasses. Zudem werden die Konkursbehörden neu dazu verpflichtet, bei der Feststellung von Konkursdelikten in jedem Fall zwingend Strafanzeige zu erstatten (nArt. 11 Abs. 2 SchKG). Ohne die beantragte Aufstockung im Pfändungs- und Konkursbereich wird das BKA den gesetzlichen Auftrag, welcher durch das Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz vorgegeben ist, nicht mehr erfüllen können, mit allen damit zusammenhängenden rechtlichen Konsequenzen (Staatshaftung, Imageschaden, volkswirtschaftliche Schäden, Vertrauensverlust in das Funktionieren der staatlichen Strukturen, etc.).

Stellenbezeichnung	Kaufm. Sachbearbeiter/in 2
	Seit vielen Jahren erhöhen sich die Fallzahlen der Betreibungen stetig, und immer mehr Betreibungen müssen auf Pfändung fortgesetzt werden. Die Pfändungsvollzüge werden immer komplizierter, weil sich die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Schuldner sehr schnell verändern. Jeder Pfändungsvollzug löst viele Abklärungen, Anzeigen und weiteren Folge- und Kontrollarbeiten aus. Die Anzahl der Pfändungsvollzüge hat sich innert 20 Jahren von 3'248 im Jahr 2001 auf 6'358 im Jahr 2021 verdoppelt, ohne dass die Mehrbelastung durch technische Effizienzsteigerungen hätte aufgefangen werden können. Bei diesem Massengeschäft fehlt die Zeit für notwendige Abklärungen bei den einzelnen Schuldnern. Bei den ungenügenden Personal-Ressourcen ist es nicht möglich, Angestellte SchKG-Einführungs- oder Weiterbildungskurse besuchen zu lassen, obwohl dies zur Vermittlung von Fachwissen zwingend wäre. Die Einführung der neuen Betreibungssoftware B4 führte zu vermehrten Pendenzen. Die Behebung der Mängel bzw. die notwendige Anpassung der internen Abläufe ist noch nicht abgeschlossen und absorbiert Ressourcen.
Aufgaben/ Kompetenzen	
Anforderungsprofil	• kaufmännische oder gleichwertige Ausbildung mit Grundkenntnissen im SchKG von Vorteil
Arbeitspensum	150 %
Dauer	ab 01/2024: 100 % unbefristet und 50 % befristet bis 12/2025
Lohnband	5
Lohnkosten	2024/2025: 129'600 Fr. / ab 2026: 86'400 Fr.
Grund für das Stellenbegehren	☒ neue Aufgabe (Bund) ☒ neue Aufgabe (neue Gesetzte/Verordnungen) ☒ Stelle finanziert sich selber (Erträge) / führt zu Einsparungen ☒ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung ☒ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen